

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Lothar Löffler MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, schreibt Anmerkungen zu den Haushaltsbeschlüssen 1983: Der Staat kann nicht zaubern.
Seite 1

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, zur Oppositionsstrategie in diesem Sommer: Union probt das "doppelte Lottchen".
Seite 4

Karl-Heinz Hiersemann MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, zu den Tandler-Äußerungen im "Panorama"-Film: Methoden eines Schnüffelstaates.
Seite 5

Professor H.G. Schachtschabel MdB verteidigt Universitäten gegen Dahrendorf-Kritik: Deutsche Hochschulen besser als ihr Ruf.
Seite 7

37. Jahrgang / 148

6. August 1982

Der Staat kann nicht zaubern

Anmerkungen zu den Haushaltsbeschlüssen 1983

Von Lothar Löffler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

1. Kein Staat kann auf die Dauer mehr Geld ausgeben, als er an Steuern und anderen Abgaben von seinen Bürgern einnimmt. Zaubern kann er jedenfalls nicht, indem er etwa aus einer Mark eine Mark fünfzig macht und somit seinen finanziellen Spielraum erweitert. Er kann sich zwar Geld leihen für zusätzliche öffentliche Aufgaben, doch dabei ist Vorsicht geboten, denn Geld leihen ist teuer. Deshalb sollten auch nur die Geld auf dem Kreditmarkt aufnehmen, die in Zukunft so hohe Einnahmen erwarten, daß sie ohne schmerzliche Einschränkungen in wichtigen Bereichen die Zinsen zahlen können. (Für den Bund werden es 1983 27,6 Milliarden DM sein). Oder anders ausgedrückt: Wer sich Geld borgt, muß sich zur Leistung bekennen!
- Dieser Grundsatz gilt nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft.
2. Für welche Aufgaben das Geld ausgegeben wird, legen die Politiker in einem ganz wichtigen demokratischen Entscheidungsvorgang fest. An ihm beteiligt sich die Gesellschaft durch ihre gewählten Vertreter und Verbände. In Zeiten der vollen Staatskassen verliert dieser Entscheidungsprozeß an öffentlicher Aufmerksamkeit, weil fast alle Wünsche erfüllt werden können. Der Streit über die Verteilung der Mittel nimmt an Schärfe ab, je voller die öffentlichen Kassen sind. Die Gesellschaft ist weitgehend befriedigt.

Dieser Zustand, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland mehrere Jahre befunden hat, ändert sich jetzt. Warum? - Das wirtschaftliche Wachstum läßt nach. Die Zahlen weisen es aus. Das Brutto-Sozialprodukt wächst in dem jetzigen Zeitraum im Jahresdurchschnitt um sechs bis acht Prozent. Zieht man eine Preissteigerungsrate



von fünf bis sechs Prozent ab, so bleibt real kein bedeutender Zuwachs übrig. Da die öffentlichen Kassen vom BSP circa 24 Prozent an Steuern einnehmen, bleiben bei einem verminderten Wachstum ihre realen Einnahmeverbesserungen hinter den Vorausberechnungen zurück. Die Steuerschätzungen werden deshalb gegenwärtig nach unten berichtigt. Die mehrjährigen Ausgabeplanungen sind aber von anderen Erwartungen ausgegangen.

Nun greift das eiserne Gesetz: Die Ausgaben müssen den Einnahmen angepaßt werden - oder anders ausgedrückt: Es muß gekürzt werden! Wenn bei einem Bruttosozialprodukt von 1.635 Milliarden DM nur eine Milliarde (0,0625 Prozent) ausfällt, so werden die öffentlichen Kassen durch Mindereinnahmen an Steuern und Sozialabgaben und durch Mehrausgaben für Sozialleistungen mit circa 450 Millionen DM belastet. Dieses Geld steht dann für andere Aufgaben nicht mehr zur Verfügung. Da ist es leicht, mit Häme über Finanzierungslöcher zu reden, wie es die Opposition gerne tut. Im Übrigen sind diese Zusammenhänge für alle eine harte Lektion zum Thema "Ist Wachstum nötig?".

3. Die Bundesregierung hat nach gründlicher Vorbereitung im Koalitionskreis ihre Kürzungsbeschlüsse am 7. Juli 1982 gefaßt. Subventionen, Steuervorteile und Zuschüsse des Bundes zum Sozialsystem sind davon betroffen. Kürzungen und die sich daraus ergebenden Mehrbelastungen der Bürger sind selbstverständlich spürbar. Aber ich warne davor, dafür das Wort "Opfer" zu verwenden. Das hört sich zwar dramatisch an, trifft aber nicht den Sachverhalt. Unser Volk mußte in diesem Jahrhundert viele Opfer bringen: Menschen, ein Teil der Heimat, unersetzliche Vermögenswerte, die politische Einheit und viele Lebensexistenzen. Die Älteren unter uns wissen, was Opfer sind. Will man das mit den Kosten für Bagatellarzneimitteln oder mit der geringen Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Kur gleichsetzen? Und wenn man es will, wie bezeichnen wir dann künftig die wirklichen Opfer? Etwas Augenmaß in der Sprache, auch in der Sprache des Protestes, dient der sachlichen Verständigung. Durch die Beschlüsse der Bundesregierung ist unser Land kein Armenhaus geworden. Wir stehen nach wie vor - auch im internationalen Vergleich - so da, daß Gelassenheit angebracht ist.
4. Kein Verband hat den Beschlüssen der Bundesregierung zugestimmt. Was dem einen zuviel ist, ist dem anderen zuwenig. Einige Verbände, so zum Beispiel die Gewerkschaften, kündigen Maßnahmen an, die über den Protest mit Worten hinausgehen werden. Niemand kann und sollte den Verbänden öffentlich raten, wie sie ihre Interessen vertreten müssen. Nur muß jeder wissen, daß durch harte Maßnahmen nicht eine Mark mehr in die öffentlichen Kassen kommt. Eher ist schon wegen der dadurch entstehenden Unsicherheit das Gegenteil möglich. Bevor es zu Demonstrationen kommt, sind sachliche Gespräche angebracht. Von wem immer sie gewünscht werden: Die SPD-Fraktion ist bereit.
5. Den Sozialdemokraten wird häufig vorgeworfen - auch aus den eigenen Reihen -, sie hätten sich von dem kleinen Koalitionspartner an die Wand drücken lassen,



damit für sie die Macht in Bonn erhalten bliebe. Ein solcher Vorwurf muß jeden Sozialdemokraten verletzen, der an den langen Verhandlungen teilgenommen hat. Ich habe zum Beispiel mehrfach Forderungen in die Beratungen eingeführt, an denen die Koalition hätte zerbrechen können, wenn man es gewollt hätte. So war es nun nicht, daß die Sozialdemokraten nur bang auf die Gesichter der FDP-Unterhändler gestarrt und eilfertig mit dem Kopf genickt haben, wenn von denen eine Forderung gestellt worden ist. Jeder hat seine Position ausgereizt, manchmal vielleicht sogar überreizt. Das kann man schon daran erkennen, daß ohne den Kanzler, der als ehrlicher Makler aufgetreten ist, der Kompromiß nicht möglich gewesen wäre.

6. Kompromisse werden selten beklatscht. Und das ist vielleicht auch gut so, weil man darin ein Zeichen dafür sehen kann, daß sie ausgewogen sind. Ich habe mir die eine oder andere Maßnahme auch anders vorgestellt und habe für meine Vorstellung gestritten. Doch ein Kompromiß trägt nun mal die politische Handschrift beider Seiten. Und die sozialdemokratische ist zu erkennen. Auch ohne Koalitionspartner hätten wir Einschnitte in mehreren Bereichen vornehmen müssen, schon allein, um die über 1,5 Milliarden DM für beschäftigungsfördernde Maßnahmen bereitstellen zu können. Denn ein Wundermittel, mit dem man das Gesetz der schmaleren Kasse außer Kraft setzen kann, haben auch wir Sozialdemokraten nicht. Insofern sind forsche Wortattacken zwischen den Koalitionspartnern nicht angebracht.
7. Die Opposition wittert Morgenluft. Norbert Blüm und andere krähen schon. Wer aber die Bundespolitik gestalten möchte, kann nicht nur Trittbrettfahrer der allgemeinen Unzufriedenheit sein. Er muß eigene Vorstellungen entwickeln. Man kann gespannt sein! Besonders diejenigen Gruppen in unserer Gesellschaft, denen die Opposition jetzt zum Munde redet. (-/6.8.1982/bgy/rs)

+ + +



Fürs Sommerloch?

Die Union ist nicht hinter der Sache, sondern mehr hinter dem Poker her

Von Helmut Rohde MdB

Bundvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Es gibt CDU-Politiker, die unaufhörlich durchs sommerliche Rheintal schimpfen. Neuerdings regt sie besonders der Satz auf, daß die Kritik und Auffassungen des DGB nicht einfach beiseite geschoben, sondern in die Haushaltsdebatte des Herbstes einbezogen werden müssen. Wir haben das wiederholt erklärt, nicht ein Wort ist davon zurückzunehmen. Oder was?

Will die CDU den Brief des DGB-Vorsitzenden nur für den politischen Gebrauch im Sommerloch benutzen, nur als Propagandawedel, mit dem man sich an schwülen Tagen Wind zufächelt, wie eine innenpolitische Spielkarte?

Die Meinungen und Vorstellungen der Gewerkschaften sind Bestandteil der öffentlichen Haushaltsdebatte in der Bundesrepublik. Wenn große gesellschaftliche Gruppen, wie die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer, ihr Wort erheben, dann nehmen sie teil an der politischen und damit demokratischen Willensbildung, an den Beziehungen zwischen Parlament und Bevölkerung. Bei wichtigen, weittragenden Parlamentsentscheidungen war das immer so. Ein Parlament führt sich nicht wie eine altmodische Behörde auf.

Wir müssen und wir werden miteinander reden, offen und konkret, Sachverhalte und Standpunkte darlegen, politische Widerstände beim Namen nennen und auch klar und deutlich machen, wie die Konsequenzen des politischen Verhaltens aussehen. Kein Zweifel, daß angesichts der neuen Befürchtungen über wachsende Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern die Beschäftigungspolitik dabei eine große Rolle spielen wird. Die Führung des DGB und die Spitze der SPD-Bundestagsfraktion treffen Anfang September zusammen.

Im Herbst werden die Vorlagen über den Haushalt und die ihn begleitenden Gesetze, die konkreten Inhalte also, auf den Tisch gelegt. In die dann beginnenden Beratungen sind auch die Meinungen und Diskussionen in der Gesellschaft einzubeziehen. Wenn die CDU dies geradezu wie politisches Fehlverhalten kritisiert, dann zeigt das ihre verschrobene Gedankengänge. Das Parlament ist kein Vorgesetzter der Bevölkerung, kein bürokratischer Apparat, es ist demokratische Institution.

Die Vermutung verstärkt sich, daß die CDU im Herbst nicht um den Haushalt intensiv ringen, sondern eine neue machtpolitische Runde in der Bundesrepublik einleiten will. Ihre Sprache ist schlüpfrig, nicht hinter der Sache, sondern mehr hinter dem Poker her.

Daß CDU und CSU sich auf der einen Seite gegen die gewerkschaftlichen Erwartungen hinsichtlich beschäftigungsorientierter Ergänzungsabgabe und Arbeitsmarktbeitrag wenden, im Bundesrat ihre Mehrheit einseitig mobilisieren, schwerwiegende soziale Eingriffe parat halten und dann noch auf dem Manegenrand nach Beifall für sommerliche Propaganda suchen, das lassen wir nicht durchgehen. Sie proben das "doppelte Lottchen". Unter den Unionisten schimpfen die einen auf die Regierung, sie habe nicht drastisch genug die sozialen Ausgaben gekürzt, die anderen in der CDU behaupten das Gegenteil. Kohl sieht "Schritte in die richtige Richtung", aber gerätselt wird, wie in der Sache seine Richtung aussieht. Das Parlament muß seine Aufgaben und seinem Wesen gerecht werden, darf sich nicht in eine Rolle bloßer Agitation abdrängen lassen.

(-/6.8.1982/ks/rs)

+ + +



Methoden eines Schnüffel-Staates

Zu den Tandler-Äußerungen über "positiven Verfassungsschutz"

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Nicht "Altpapier", wie das Innenministerium meint, wurde in der am Mittwochabend gesendeten Rekonstruktion des Panorama-Langemann-Films gezeigt - vielmehr wurde hier ein Berg von Giftmüll sichtbar, der die politische Umwelt in Bayern ver-seucht. Die Sendung hat deutlich gemacht: Mit jedem Interview, das Tandler zum Fall Langemann gibt, zieht er sich die Schlinge enger zu.

Beispiel Nummer 1:

Auf die Frage des Panorama-Redakteurs Stefan Aust, ob es von Seiten des Innenministe-riums beziehungsweise aus der Abteilung Dr. Langemanns direkt oder indirekt Geldzu-wendungen an Journalisten gegeben hat, antwortet Tandler wörtlich: "Es hat Geldzu-wendungen gegeben an eine ganze Reihe von Institutionen und auch Einzelpersonen." Aust fragt weiter: "Für Berichterstattung?" Tandler hierauf: "Im Rahmen dessen, was hier unter dem positiven Verfassungsschutz an Überlegungen da war."

Das ist neu. Bislang haben die Mitglieder des Untersuchungsausschusses Langemann nur Kenntnis davon, daß bayerische Haushaltsmittel an die "Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft", an den "Arbeitskreis für das Studium internationaler Fragen", sowie verschiedene Personen ausbezahlt wurden. Weder kann somit von "einer ganzen Reihe von Institutionen" die Rede sein, vor allem aber waren bislang Zahlungen an einzelne Journalisten unbekannt.

Es stellt sich die Frage, was Tandler über das hinaus weiß, was aus den dem Unter-suchungsausschuß übergebenen Unterlagen erkennbar ist. Es ist die Pflicht des Innen-ministers, schnellstens zu erklären, welche Zahlungen zu welchem Zweck an welche Journalisten geleistet wurden.

Beispiel Nr. 2:

Auf die Feststellung des Interviewers, es habe sogenannte Dossiers von Langemann über Journalisten von "Stern" und "Spiegel" gegeben, antwortet Tandler wörtlich: "Es gibt keine Dossiers, jedenfalls nicht das, was man unter diesem Wort gemeinhin versteht. Es hat Aktenvormerkungen gegeben, in denen in Bezug auf konkrete Anlässe er (Langemann) Informationen auch über Journalisten weitergegeben hat."



Es ist gleichgültig, ob man Langemanns Berichte an Tandler als Dossier oder als Aktenvermerkung bezeichnet - entscheidend ist, daß Langemann Informationen über Journalisten gesammelt und an Tandler weitergegeben hat. Daß dies nicht in Ordnung war, weiß selbst der Innenminister.

An anderer Stelle des Interviews fragt Aust: "Gehört es auch zu diesem Aufgabenbereich, Informationen über Journalisten zu sammeln?" Tandler antwortet: "Nein, das mit Sicherheit nicht." Einzig mögliche Schlußfolgerung: Tandler hat Langemann nicht gebremst, obwohl er erkannte, daß sein oberster Staatsschützer weit über seine Kompetenzen hinaus tätig war. Erklären kann dieses widersprüchliche Verhalten Tandlers nur die offenkundige Tatsache, daß Bayerns Innenminister die Parteiinteressen der CSU über seine Dienstaufgaben stellt. Für die CSU ist es natürlich von Interesse, wer in welchen Zeitschriften oder Zeitungen über und vor allem gegen die CSU und Strauß schreibt. Allerdings darf dies zwar die CSU-Landesleitung interessieren, keinesfalls aber darf das bayerische Innenministerium sozusagen im Auftrag der CSU Journalisten nachspionieren. Dieses sind Methoden eines Schnüffel- und Obrigkeitsstaates.

Beispiel Nr. 3:

Tandler erklärt in dem Interview, daß ihm die Hände gebunden seien, er könne Langemanns Vermerke über Journalisten nicht veröffentlichen. "Die Schwierigkeit, die wir haben, liegt darin, daß dieses Material ja alles der Vertraulichkeit unterliegt und ich deshalb nicht die Möglichkeit habe, es der Öffentlichkeit vorzustellen. Hätte ich diese Möglichkeit, würde ein großer Teil der Vorwürfe, die in diesem Zusammenhang gegen das Haus erhoben worden sind, in sich zusammenbrechen."

Auch mit dieser Äußerung schafft sich Tandler nur zusätzliche Probleme. Bayerns Innenminister führt mit seiner Behauptung die Öffentlichkeit in die Irre. Tandler hat nämlich jederzeit die Möglichkeit, Langemanns Journalistenvermerke der Öffentlichkeit zu übergeben. Nichts und niemand kann ihn daran hindern. Es sei denn, das derzeit verschwiegene eigene Interesse, doch nichts genaues bekannt werden zu lassen. Wenn er schon glaubt, dies würde ihm selbst nützen, dann möge Tandler endlich alle Journalisten-Dossiers veröffentlichen. Tandlers Bedauern ist pure Heuchelei.

(-/6.8.1982/ks/rs)

+ + +



Hochschulen besser als Ihr Ruf

Dahrendorf-Behauptungen von der Bundesregierung widerlegt

Von Professor Dr. H.G. Schachtschabel MdB

In letzter Zeit sind die deutschen Hochschulen in das Blickfeld der öffentlichen Kritik gerückt. Auf der jüngsten Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz vertrat Professor Dr. Ralf Dahrendorf die These, "daß das deutsche Hochschulwesen außerordentlich ineffizient sei". Wie ich auf Anfrage dazu von der Bundesregierung erfuhr, sind die von Professor Dahrendorf vorgelegten Zahlen "fast durchweg schlicht falsch".

Zunächst war von Professor Dahrendorf behauptet worden, ein erfolgreicher deutscher Hochschulabsolvent koste den Steuerzahler DM 120.000,--, in England und Frankreich belaufe sich dieser Betrag auf DM 58.000,--. Dem hält die Bundesregierung entgegen, daß bei einer mittleren Erfolgsquote von 85 von Hundert die Bandbreite in den Ausbildungskosten bei uns zwischen DM 38.000,-- (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) und DM 110.000,-- (Mathematik und Naturwissenschaften, ohne Medizin) liegt. Allerdings wird die Vergleichbarkeit mit den Ausbildungskosten an ausländischen Universitäten durch sachliche und methodische Gründe erschwert und nicht zuletzt durch die Berücksichtigung der "richtigen" Währungsrelation nahezu unmöglich.

Auch hinsichtlich der "Erfolgsquote" hatte Professor Dahrendorf einen ausländischen Vorteil gesehen. Demgegenüber macht die Bundesregierung über den Anteil der Studenten eines Studienanfängerjahres, der früher oder später ein Erststudium erfolgreich abschließt, folgende Angaben: Der in dieser Weise definierte Studienerfolg beträgt in Großbritannien je nach Fachbereich 80 bis 90 von Hundert, in den USA 55 von Hundert, in Frankreich je nach Fachbereich 30 bis 40 von Hundert. Die vergleichbaren Erfolgsquoten in der Bundesrepublik Deutschland liegen nach Untersuchungen der HIS GmbH, Hannover, zwischen 81 und 91 von Hundert.

Daß das deutsche Universitätssystem nicht in der Lage sei, sich auf neue Aufgaben in der Erwachsenenbildung einzustellen - so eine weitere Aussage Professor Dahrendorfs -, ist als pauschale Behauptung falsch. Allerdings ist eine Anpassung der Organisationsstrukturen in der Hochschule und ein Wandel der Lehr- und Lernformen hinsichtlich der besonderen Bedingungen der Weiterbildung wünschenswert.

Von den deutschen Universitäten gehen jetzt schon Impulse auf die technologische Entwicklung aus. Innovationen sind häufig erst dank der Ergebnisse der Grundlagenforschung in den Hochschulen möglich. Nicht nur in den Ingenieurwissenschaften, sondern auch in den Natur- und Biowissenschaften gehen von den Hochschulen Anstöße für Innovationen aus, so zum Beispiel in der Molekularbiologie, der Makromolekularchemie und der Satellitengeodäsie. Auch von der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung werden neue Entwicklungen ausgelöst.

Die Bundesregierung ist allerdings der Auffassung, "daß der Technologietransfer und die Kommunikation zwischen den Hochschulen und besonders den kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern ist. Sie begrüßt Initiativen in dieser Richtung und fördert, zum Teil gemeinsam mit den Ländern, entsprechende Kontaktstellen an den Hochschulen. Wie ausländische Erfahrungen zeigen, ist es nützlich, diesen Technologietransfer unbedingt im Zusammenhang mit den Ausbildungs- und Weiterbildungsaufgaben der Hochschulen zu sehen."

(-/6.8.1982/ks/rs)

* * *

